

# Mehr ins Zentrum

Freie Immobilienunternehmer fordern andere Ausrichtung des Stadtumbau Ost

Von OTZ-Redakteur  
Tino Zippel

Der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) fordert eine veränderte Ausrichtung des Stadtumbaus Ost.

„Bislang ist das Programm hauptsächlich auf den Abriss von Plattenbauten ausgerichtet“, sagte der für Thüringen zuständige Vorstand des Landesverbandes Mitteldeutschland, Udo Schwieren. Wichtiger sei es, die Mittel für die Sanierung von Innenstädten einzusetzen und damit beispielsweise denkmalgeschützte Häuser fachgerecht zu renovieren. „Die Zentren müssen gestärkt werden“, betonte der Erfurter Unternehmer, der gestern Landesparlamentarier eingeladen hatte. Der Verband, der über 180 Mitgliedsunternehmen in Mitteldeutschland verfügt, bat darum, künftig in Gesetzgebungsverfahren mit angehört zu werden. Bislang suchten die Fraktionen meist bei den Zusammenschlüssen der großen kommunalen Woh-



Udo Schwieren

nungsanbieter und beim Verband „Haus und Grund“.

Chancen zur „gezielten Förderung des Mittelstandes“ sieht der BFW bei Projekten, bei denen öffentliche und private Hand zusammenarbeiten. Dafür sei es jedoch wichtig, dass die Projektgrößen auf die mittelständische Wirtschaft zugeschnitten seien. Sei das Investitionsvolumen zu groß, könnten die ansässigen Betriebe das nicht stemmen.

Die Mitgliedsunternehmen spüren eine verstärkte Nachfrage von ausländischen Inves-

toren nach Immobilien in Thüringen. „Am gefragtesten in Mitteldeutschland sind zwar Leipzig und Dresden“, sagte Schwieren. Direkt nach diesen beiden Städten konzentrierte sich aber das Interesse auf Erfurt, Weimar, Jena und Magdeburg.

Bei der Veranstaltung zog Michael Schneider, Vorstand der Thüringer Aufbaubank, eine Bilanz, wie Förderprogramme für mehr Wohneigentum angenommen werden. Seit 2004 seien 30 Millionen Euro in die Förderung von 660 Neubauten privater Bauherren und in die Sanierung von 110 Häusern geflossen.

Beim Familienbaudarlehen gewährt die Aufbaubank einen Teil der Baukosten zu günstigeren Konditionen (30 Prozent), den Rest müssen die Familien über die Hausbank finanzieren (50 Prozent) und als Eigenanteil (20 Prozent) aufbringen. Familien, die Einkommensgrenzen nicht überschreiten (z.B. 4-Personen-Haushalt 60 100 Euro im Jahr), kommen in den Genuss. „Das ist ein ak-

tiver Beitrag, um die Menschen im Land zu halten“, sagte Schneider. Der BFW merkte an, dass diese Förderprogramme recht unbekannt seien. Schneider kündigte für das kommende Frühjahr eine Kampagne der Thüringer Aufbaubank an, die das ändern soll.

Interessant: Thüringen verfüge mit einer Eigenheimquote von 42 Prozent über einen sehr hohen Wert, der vergleichbar mit Baden-Württemberg, aber viel größer als in Sachsen oder Sachsen-Anhalt sei, sagte der Bankvorstand. Obwohl die Einwohnerzahlen im Freistaat sinken, bleibe die Nachfrage nach Ein- oder Zwei-Familienhäusern stabil. Einer Studie zufolge sei erst ab 2020 mit geringerem Interesse an Wohneigentum zu rechnen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern bauen die Thüringer günstigere Häuser. Im Schnitt 5,2 Jahresnettoeinkommen investieren die Menschen hierzulande in ein Haus. In den alten Bundesländern liege dieser Wert zwischen acht und neun Jahresnettoeinkommen.